F-01

Für Frieden in der Ukraine: Putins Angriffskrieg entgegentreten

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

1. Ordentlicher Länderrat 2022, 30. April 2022
Düsseldorf, Rheinterrasse

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	28.04.2022
Tagesordnungspunkt:	TOP 2 Für Frieden in der Ukraine: Putins Angriffskrieg entgegentreten

Antragstext

Wir verurteilen den Angriff der russischen Armee auf die Ukraine auf das Schärfste. Er bringt großes Leid, tragische Verluste und millionenfache Flucht für die Ukrainer*innen und alle, die dort leben. Wir stehen zutiefst erschüttert, fest und solidarisch an der Seite der Menschen in der Ukraine. Putin und seine Armee dürfen diesen Krieg nicht gewinnen, der bereits 2014 seinen Anfang nahm und in den vergangenen Jahren bereits mehr als 13.000 ukrainische Todesopfer forderte.

Der Angriff der Atommacht Russland auf die souveräne, demokratische und friedliche Ukraine hat Auswirkungen weit über die Ukraine hinaus. Er bedeutet einen eklatanten Bruch des internationalen und humanitären Völkerrechts, ist ein Angriff auf Frieden, Demokratie und Freiheit in Europa und ein Versuch, die seit Jahrzehnten bestehende Friedensordnung Europas dauerhaft zu zerstören. Putin versucht, das in der Charta der Vereinten Nationen verankerte Souveränitätsprinzip durch das Recht des Stärkeren zu ersetzen und uns in die Logik des Imperialismus und Kolonialismus sowie eine neue Blockkonfrontation zu treiben. Diesem Ansinnen der Unfreiheit und Spaltung stellen wir uns mit aller Kraft entgegen.

Der russische Angriffskrieg hat dramatische Auswirkungen nicht nur in Europa. Die Versorgung mit Lebensmitteln, Düngemitteln, Rohstoffen und fossilen Energieträgern ist in weiten Teilen der Welt durch Putins Krieg gefährdet. Es wird immer deutlicher, dass Putin Hunger als Waffe nutzen will. Während die Ernährungssicherheit in Europa gewährleistet ist, wird die Situation in vielen Ländern im globalen Süden erheblich verschärft: Zusätzlich zu den bestehenden Herausforderungen insbesondere im Zuge von Dürren und Überschwemmungen als Auswirkungen der Klimakrise kommen nun rasante und zum Teil auch spekulative Anstiege der Getreidepreise sowie der Ausfall von Getreideexporten aus der Ukraine und Russland hinzu. Es drohen deshalb weitere Hungerkatastrophen.

Als Regierungspartei übernehmen wir Verantwortung und stehen in konsequenter Solidarität mit der Ukraine. Wir warnen den Kreml vor dem Einsatz jeglicher Massenvernichtungswaffen und treten mit aller Entschlossenheit der Aggression des russischen Regimes entgegen: durch Hilfe, Aufnahme von schutzbedürftigen Menschen und Diplomatie, aber auch durch schnelle und konsequente Sanktionen, Unterstützung mit wirksamen, auch schweren und komplexen Waffen und das Annehmen einer aktiven, verantwortlichen Rolle innerhalb der EU-Staaten, der NATO und der

Weltgemeinschaft. Es geht darum, die Folgen des Krieges einzudämmen und unseren Teil dazu beizutragen, diesen zu beenden.

Wir müssen – auch angesichts der besonderen deutschen Verantwortung gegenüber der Ukraine und den weiteren Nachfolgestaaten der Sowjetunion – unser Möglichstes tun, um den Krieg in der Ukraine und die massiven Menschenrechtsverletzungen zu beenden und müssen gleichzeitig verhindern, dass Russland den Krieg auf weitere Staaten ausdehnt. Wir wissen, dass die Menschen in der Ukraine derzeit auch Opfer eines Angriffs von Despotie auf die Freiheit sind und deshalb gerade mit großem Mut auch für unsere Freiheit und für das Völkerrecht kämpfen. Daher ist die Unterstützung der Ukraine auch eine friedenspolitische Verpflichtung.

Gleichzeitig stehen wir solidarisch an der Seite der mutigen Menschen in Russland, die ihre Stimme gegen diesen unmenschlichen Krieg erheben, obwohl sie wissen, dass ihnen dafür Haft, Folter oder Schlimmeres droht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- unterstützen die massiven, gegen den russischen Machtapparat verhängten politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionsmaßnahmen. Deren Wirksamkeit müssen wir kontinuierlich überprüfen und Schlupflöcher schließen. Zusammen mit unseren internationalen Partnern werden wir auch die Ausweitung dieser Sanktionen konsequent vorantreiben;

- wollen, dass die durch die Bundesregierung bereits begonnene Reduzierung unserer Abhängigkeit von Gas, Öl und Kohle aus Russland weiter fortgeführt und dass diese Abhängigkeit schnellstmöglich beendet wird. Wir begrüßen, dass wir bei Öl und Kohle bereits kurz davor stehen, diese Unabhängigkeit herzustellen. Bei Gas ist eine weitgehende Unabhängigkeit bis spätestens 2024 möglich. Vor diesem Hintergrund erhalten die beschleunigte Umstellung auf erneuerbare Energien sowie Maßnahmen zur Energieeffizienz und Energieeinsparung eine zentrale sicherheitspolitische Bedeutung;

- befürworten und unterstützen die Fortsetzung und wo möglich Beschleunigung der Lieferung benötigter Ausrüstung an die Ukraine und dabei auch die Erweiterung der Lieferung auf schwere Waffen und komplexe Systeme etwa im Rahmen des „Ringtausches“ mit Partnerländern, damit die Menschen in der Ukraine ihr Recht auf Selbstverteidigung ausüben können. Eine stetige Prüfung, ob weitere Waffen abgegeben werden können, wird genauso befürwortet wie das aktive Zugehen auf andere Länder, um ihnen einen „Ringtausch“ anzubieten. Wichtig ist dabei die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Ukraine auch über die nächsten Monate hinaus. Auch die kurz-, mittel- und langfristige Ausbildung in Deutschland oder auf NATO-Gebiet muss in Abstimmung und Kooperation mit unseren Partnern von der Bundesregierung unterstützt werden;

- stehen dafür, dass parallel und unabhängig von diesen Maßnahmen alle diplomatischen Bemühungen unternommen werden, um eine Waffenruhe zu erreichen und den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und gegen ihre territoriale Integrität zu beenden. Dabei muss klar sein, dass es keine Verhandlungen über die Köpfe der Ukrainer*innen hinweg geben darf. Daher unterstützen wir gerade die Bemühungen der ukrainischen Regierung, in direkten Verhandlungen mit der russischen Führung einen Waffenstillstand zu erzielen. Gleichzeitig sind wir uns jedoch bewusst,

dass Wladimir Putin sich in der Vergangenheit nicht an Zusagen gehalten hat. Deshalb zählen Taten, nicht Worte;

- stehen für das Recht der Ukraine als demokratischer und souveräner Staat auf freie Bündniswahl. Ob die Ukraine den Antrag auf eine NATO- oder EU-Mitgliedschaft stellt, entscheiden die Menschen in der Ukraine, nicht Moskau, Berlin, Brüssel oder Washington. Wir unterstützen aktiv die EU-Beitrittsperspektive der Ukraine als wichtiges politisches Signal. Die Ukraine gehört ohne Wenn und Aber zu Europa;

- setzen uns mit Nachdruck für eine umfassende Dokumentation, unabhängige Untersuchung und Verfolgung der Kriegsverbrechen in der Ukraine ein. Dazu muss den zuständigen UN-Organisationen, insbesondere dem UN-Hochkommissariat für Menschenrechte, dem Internationalen Strafgerichtshof, den europäischen Justizbehörden und weiteren relevanten nationalen und internationalen Institutionen jegliche Unterstützung gewährt werden. Diejenigen, die in der Ukraine Kriegsverbrechen begangen haben, müssen wissen, dass sie zur Rechenschaft gezogen werden. Die grausamen Massaker von Butcha, Borodjanka, Mariupol und vieler anderer Orte der Ukraine sowie der Einsatz sexualisierter Gewalt als Kriegswaffe und weiterer Verbrechen gegen die Menschlichkeit dürfen nicht ungestraft bleiben;

- unterstützen Bemühungen für die Untersuchung des Zustands und die Absicherung der ukrainischen Atomkraftwerke, um die Folgen der russischen Besatzung zu beseitigen und Vorkehrungen gegen weitere Angriffe zu verstärken. Auch bei verstärktem Schutz gibt es jedoch keine hinreichende Sicherheit gegenüber unmittelbaren und mittelbaren (externe Stromversorgung, fehlender Diesel für Notstromaggregate) Kriegsfolgen. Deshalb muss sich Deutschland für eine weltweite Ausstiegsstrategie einsetzen;

- begrüßen die bisherigen Entscheidungen der Bundesregierung zur Unterstützung für die ukrainische Kultur. Denn mit dem russischen Angriffskrieg soll auch die Kultur und kulturelle Identität der Ukraine vernichtet werden. Deshalb ist es richtig, die ukrainischen Kulturstätten vor der russischen Zerstörungswut zu bewahren. Wichtig ist auch, die unabhängige Berichterstattung über das grausame Vorgehen der russischen Truppen in der Ukraine weiter abzusichern, indem wir geflüchtete Journalist*innen bei der Fortsetzung ihrer Arbeit im deutschen Exil unterstützen;

- rufen dazu auf, schon jetzt einen Plan für den nachhaltigen Wiederaufbau der Ukraine aufzulegen, um die katastrophalen Schäden für die Menschen und die Umwelt durch die russische Invasion zu beheben;

- setzen uns dafür ein, dass Bundesregierung, EU, G7 und Weltgemeinschaft die notwendige humanitäre Unterstützung leisten, um die Not und das unsägliche Leid der Ukrainer*innen und der dort lebenden Menschen infolge des russischen Überfalls zu lindern. Dazu zählen Hilfsgüterlieferungen, aber auch andere Hilfs- und Schutzmaßnahmen durch die Vereinten Nationen und ihre humanitären Partnerorganisationen in der Ukraine, insbesondere, um die Grundversorgung in den Bereichen Nahrungsmittel, Gesundheit, Wasser und Elektrizität sicherzustellen. Dies gilt sowohl für die über sieben Millionen Binnenvertriebenen als auch für die Bewohner*innen der von russischen Streitkräften belagerten Ortschaften;

- setzen uns gemeinsam mit unseren Partnern dafür ein, die sich durch den Krieg verschärfenden Herausforderungen der Welternährung anzugehen, indem vor allem die Organisationen im Kampf gegen den Hunger mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet werden, die spekulativen Anstiege am

Getreidemarkt durch das Offenhalten der Märkte möglichst niedrig gehalten und die Länder des globalen Südens besser dabei unterstützt werden, nachhaltige Landwirtschaft zu betreiben. Den Versuchen, diese angespannte Situation für eigene Interessen oder gar das Zurückdrängen von für den Arten- und Klimaschutz essentiellen Maßnahmen zu nutzen, stellen wir uns klar entgegen;

- stehen den Millionen aus der Ukraine in die Nachbarländer geflüchteten Menschen in dieser für sie so traumatisierenden Situation bei. Dabei begrüßen wir die große Solidarität der europäischen Nachbarstaaten der Ukraine. Sie müssen von Deutschland und der EU jede notwendige Unterstützung erhalten, um mit dieser enormen Herausforderung zurecht zu kommen;

- sehen eine besondere Verantwortung für die hochbetagten Überlebenden der Shoa in der Ukraine. Es ist unsere humanitäre Verpflichtung, sie in Sicherheit zu bringen;

- begrüßen, dass Geflüchtete aus der Ukraine in der EU kein Asylverfahren durchlaufen müssen und bis zu drei Jahre Schutz erhalten. Ebenso begrüßen wir es, dass sie bei uns arbeiten können, krankenversichert sind und dass den Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine das deutsche Schulsystem sowie die Hochschulen offen stehen. Es sind vor allem Frauen mit Kindern und alte Menschen, die hier Schutz suchen. Nächste Schritte müssen nun sein, die Kinderbetreuung während Sprach- und Integrationskursen sicherzustellen, die psychosoziale Hilfe rasch auszubauen und das Fußfassen von Frauen im Arbeitsmarkt zu unterstützen. Es ist gut, dass der Bund den Ländern bei der Finanzierung zur Seite steht;

- erkennen an, dass aus der Ukraine flüchtende Menschen mit Behinderung, LGBTIQ*, People of Color oder Rom*nja ein Recht auf diskriminierungsfreien Zugang zu Schutz haben. Wir verurteilen Gewalt- und Diskriminierungen gegen sie und setzen uns für ihren Schutz ein. Wir begrüßen, dass Strukturen für unbegleitet geflohene Minderjährigen und solchen, die aus ukrainischen Waisenhäusern und Kinderheimen kommen, geschaffen wurden, die eine gute, vor allem aber gemeinsame Unterbringung gewährleisten;

- setzen uns dafür ein, dass auch Drittstaatsangehörige, die aus der Ukraine fliehen mussten, eine Perspektive für einen sicheren, langfristigen Aufenthalt bei uns erhalten. So wollen wir zum Beispiel für Studierende das Hamburger Modell auch im Bund umsetzen;

- setzen uns für den besonderen Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt und Menschenhandel ein. Opfern von Repression, Folter und sexualisierter Gewalt ist schnell und umfassend medizinische und psychologische Hilfe zu gewähren;

- setzen uns dafür ein, dass auch politisch Verfolgte und Regimegegner*innen aus Russland und Belarus wie etwa Menschenrechtsaktivist*innen, Deserteure, Oppositionelle, Journalist*innen, Künstler*innen oder LGBTIQ*-Personen zügig und unkompliziert Unterstützung sowie eine Einreise und Visa in der EU und in Deutschland erhalten;

- bedanken uns bei den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen und den vielen ehrenamtlichen Helfer*innen, die bei der Aufnahme der Menschen Großes leisten, die Hilfsgüter transportieren oder selbst Menschen auf der Flucht unterstützen. Sie erhalten unsere volle Unterstützung und sollen mit den notwendigen Mitteln ausgestattet werden. Ohne sie und die vielen staatlichen Akteur*innen in Behörden und Bildungseinrichtungen, die unbürokratisch unterstützen, wäre die gesellschaftliche Herausforderung

der Flucht nicht zu meistern. Wir begrüßen außerdem die unkomplizierte wie großzügige Unterstützung der deutschen (Lebensmittel-)Wirtschaft mit Hilfsgütern;

- befürworten eine gute Ausstattung der Bundeswehr zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit. Wladimir Putin hat mit brutaler militärischer Gewalt unmittelbar an den Grenzen der Europäischen Union internationales Recht nicht nur gebrochen, sondern ganz offen und bewusst mit Füßen getreten. Dies und die bitteren Erfahrungen mit Putins völkerrechtswidriger militärischer Gewaltanwendung in der Ukraine, Syrien, Tschetschenien, Georgien, Moldau und an vielen anderen Orten, aber auch die Mordanschläge von Salisbury oder im Berliner Tiergarten zeigen uns eindringlich, welche Gefahr von Putin auch in Zukunft ausgehen wird;

- wollen zukünftig weit mehr in unsere Sicherheit investieren und unsere Demokratie und Freiheit schützen. Dabei geht es uns um einen umfassenden Sicherheitsbegriff, der militärische Sicherheit beinhaltet, aber bei weitem nicht allein. Zu einem modernen Sicherheitsverständnis im 21. Jahrhundert gehören Cyber-Sicherheit, Schutz kritischer Infrastruktur und Resilienz unserer demokratischen Öffentlichkeit vor systematischen Versuchen von Desinformation genauso wie Energiesicherheit und Klimaschutz;

- unterstützen das 100-Milliarden-Sondervermögen zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit Deutschlands. Dazu gehört für uns eine zügige Evaluation und Reform des Beschaffungswesens der Bundeswehr, eine Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit, auch bei Beschaffung und Rüstungskooperationen, Cybersicherheit, Ertüchtigung von Partnern, eine klare und nachvollziehbare Projekt-Unterlegung und eine bedarfsgerechte Ermittlung notwendiger Militärausgaben;

- lehnen eine Verankerung der von Vorgängerregierungen zugesagten NATO-Quote von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsausgaben im Grundgesetz ab. Fixe Quoten abseits des Bedarfs der Bundeswehr, bei fehlenden effizienten Beschaffungsstrukturen und einem Zu-wenig an europäischer Zusammenarbeit bedeuten eben genau nicht mehr Sicherheit;

- stellen das im Völkerrecht verankerte Konzept der „menschlichen Sicherheit“ insgesamt ins Zentrum, also eine gut finanzierte humanitäre Hilfe, eine substanzielle zivile Krisenprävention und -bearbeitung, Sicherheit vor Gewalt, vor Bedrohungen wie Armut, Hunger oder den Folgen der Klimakrise sowie partner-orientierte Entwicklungszusammenarbeit und eine feministische Außenpolitik. Die Umsetzung der Ziele für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) und des Pariser Klimaabkommens sind dafür zentral. Daher wollen wir zukünftig auch erheblich mehr in diese über das rein Militärische hinausgehende Sicherheit investieren;

- setzen uns für Abrüstung und insbesondere für eine Welt ohne Atomwaffen ein, wie wir es im Koalitionsvertrag durchgesetzt haben. Die notwendige Wehrhaftigkeit unserer Demokratien darf eine effektive Friedensarbeit nicht versperren.

Diesen Weg der Solidarität mit den Menschen in und aus der Ukraine müssen wir gemeinsam mit unseren europäischen, transatlantischen und weiteren demokratischen Partnern weltweit weiter gehen. Dies gebietet die Menschlichkeit, aber es sind auch die gewaltigen Opfer, die die mutigen Ukrainer*innen nicht nur für ihr eigenes Land, sondern für das Fortbestehen unserer Freiheit und Demokratie in der Europäischen Union erbringen, die uns hierzu verpflichten.

Begründung der Dringlichkeit

Die Dringlichkeit des Antrags begründet sich in der sich ständig ändernden Situation um den Krieg in der Ukraine.